



Rechtsausschuss

68. Sitzung (öffentlich)

20. Januar 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:50 Uhr

Vorsitz: Dr. Werner Pfeil (FDP)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Verfassungsbeschwerde der Zweites Deutsches Fernsehen Anstalt des öffentlichen Rechts gegen das Unterlassen der Zustimmung des Landtags Sachsen-Anhalt zum Entwurf eines Gesetzes zum Ersten Medienänderungsstaatsvertrags und Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung**

9

1 BvR 2756/20

Vertrauliche Vorlage 17/146

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig dem Landtag, von einer Stellungnahme gegenüber dem Bundesverfassungsgericht abzusehen.

- 2 Normenkontrollantrag von Mitgliedern des Deutschen Bundestages betreffend die Verfassungsmäßigkeit von Art. 1 des Gesetzes zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze vom 10. Juli 2018 (Anhebung der „absoluten Obergrenze“ der staatlichen Teilfinanzierung von politischen Parteien)**

10

In Verbindung mit:

Organstreitverfahren zu der Frage, ob der Deutsche Bundestag im Verfahren zur Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze vom 18. Juli 2018 (u.a. Anhebung der „absoluten Obergrenze“ der staatlichen Teilfinanzierung von politischen Parteien) verfassungsmäßige Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte der AfD-Fraktion verletzt hat

BvF 2/18 und 2 BvE 5/18
Vertrauliche Vorlage 17/150

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig dem Landtag, von der Entsendung eines Vertreters zur mündlichen Verhandlung und von einer Stellungnahme gegenüber dem Bundesverfassungsgericht abzusehen.

3 Gesetz zur Stärkung religiöser und weltanschaulicher Neutralität der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen

11

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3774
Ausschussprotokoll 17/765

Nachgereichte Stellungnahmen:

Stellungnahme 17/1855
Stellungnahme 17/1999
Stellungnahme 17/2002
Stellungnahme 17/2313
Stellungnahme 17/2315
Stellungnahme 17/2698

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/12389

– Auswertung der Anhörung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stellt die abschließende Beratung des Gesetzentwurfs zurück.

- 4 Häusliche Pflege muss gestärkt werden – Für die vielen pflegebedürftigen Menschen in unserem Land – Corona-Krise zeigt, wie gefährlich das Modell der illegal Beschäftigten in privaten Haushalten ist!** 15

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/9361
Ausschussprotokoll 17/1177

– keine Wortbeiträge

Gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP sowie bei Stimmenthaltung der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, den Antrag abzulehnen.

- 5 Klarheit über die Kriminalitätsentwicklung schaffen – Nordrhein-Westfalen braucht einen Periodischen Sicherheitsbericht** 16

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/9363
Ausschussprotokoll 17/1169

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP sowie gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Innenausschuss, den Antrag abzulehnen.

- 6 Herausforderungen in der Justiz begegnen. Digitalisierung und Legal Tech in der Lehre vorantreiben. Nachwuchskräfte stärker fördern.** 17

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/12052

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, zu dem Antrag eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, jeweils zwei Sachverständige zu benennen.

- 7 Gesetz zur Änderung des § 58 der Gemeindeordnung und des § 41 der Kreisordnung des Landes Nordrhein-Westfalen** 18
- Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/12059
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss folgt der Anregung der antragstellenden Fraktion, zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung durchzuführen. Über die Modalitäten der Durchführung soll in der Obleute-runde beraten werden.
- 8 Entwurf einer Änderungsverordnung der Verordnung über die Ermittlung des Personalbedarfs und die Finanzierung des Maßregelvollzugs (Finanzierungsverordnung MRV)** 19
- Drucksache 17/12243
Vorlage 17/4453
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss erhebt gegen den Entwurf der Änderungsverordnung keine Bedenken.
- 9 Staatsanwaltliche Einstellungen von Strafverfahren bei Fällen häuslicher Gewalt – welche Linie verfolgt das Justizministerium? (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 1])** 20
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4534
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.
- 10 Gewährleistung der Arbeitsfähigkeit der Beiräte in den Justizvollzugsanstalten (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 1])** 21
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4535

– Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

- 11 Pistole in der Gefangenzelle in der JVA Köln-Ossendorf?** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 1])* **23**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4544

– Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis

- 12 Corona in der Justiz** *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])* **24**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4547

– Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

- 13 Verdächtige wegen überlanger Verfahrensdauer aus der Untersuchungshaft entlassen** *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])* **37**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4536

– Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

- 14 Falsche Zahlen zum Einsatz des Staatstrojaners** *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])* **38**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4537

– Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

- 15 Wahlrecht zwischen Heilfürsorge und Beihilfe für die Beamtinnen und Beamten des Vollzugs- und Werkdienstes im Justizvollzug auch in NRW** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **41**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4538

– Wortbeiträge

Der Ausschuss verständigt sich darauf, eine schriftliche Anhörung zu dem Bericht durchzuführen.

- 16 Europäischer Haftbefehl** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **43**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4539

– Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

- 17 Entlastung der Justiz – Forderungspapier des Richterbundes** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **44**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4540

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

- 18 Suizide im Strafvollzug** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **45**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4546
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.
- 19 Wie viele Haftbefehle und rechtskräftige Urteile mit Haftstrafen sind in Nordrhein-Westfalen nicht vollstreckt?** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **49**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4541
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.
- 20 Nennung der Nationalität der Tatverdächtigen** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **53**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4560
- keine Wortbeiträge
- Angesichts der fortgeschrittenen Zeit verständigt sich der Ausschuss darauf, die Beratung des Gegenstandes auf die nächste Sitzung zu vertagen.
- 21 In welchem Umfang sind in der Justiz Urlaubsansprüche aufgelaufen bzw. verfallen?** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **54**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4542
- keine Wortbeiträge

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit verständigt sich der Ausschuss darauf, die Beratung des Gegenstandes auf die nächste Sitzung zu vertagen.

22 Bachelor für Jurastudenten (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **55**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4543

– keine Wortbeiträge

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit verständigt sich der Ausschuss darauf, die Beratung des Gegenstandes auf die nächste Sitzung zu vertagen.

23 Gilt die Null-Toleranz-Politik der Koalitionen auch beim Cyberangriff auf die Uniklinik Düsseldorf? Stand der Ermittlungen (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **56**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4545

– keine Wortbeiträge

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit verständigt sich der Ausschuss darauf, die Beratung des Gegenstandes auf die nächste Sitzung zu vertagen.

* * *

7 Gesetz zur Änderung des § 58 der Gemeindeordnung und des § 41 der Kreisordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/12059

(Der Landtag hat den Gesetzentwurf nach der ersten Beratung in der Plenarsitzung am 16. Dezember 2020 zur federführenden Beratung an den Rechtsausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen überwiesen.)

Thomas Röckemann (AfD) erklärt, die AfD-Fraktion beantrage die Durchführung einer Anhörung in digitaler Form. Der Abgeordnete meint, technisch dürfte dies möglich sein.

Vorsitzender Dr. Werner Pfeil wendet ein, die Regularien sähen lediglich eine Präsenzanhörung oder eine schriftliche Anhörung vor. Nach der Entscheidung des Krisenstabes dürften zunächst bis 31. März 2021 keine Präsenzanhörungen mehr stattfinden. Die Präsenzanhörungen müssten in hybrider Form durchgeführt werden. Das bedeute, dass die Ausschussmitglieder präsent seien und die Sachverständigen per Videokonferenz zugeschaltet würden.

Thomas Röckemann (AfD) entgegnet, dann beantrage die AfD-Fraktion eine Präsenzanhörung in hybrider Form.

Der Ausschuss folgt der Anregung der antragstellenden Fraktion, zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung durchzuführen. Über die Modalitäten der Durchführung soll in der Obleute-runde beraten werden.

